P-01

Protokoll

Landesdelegiertenkonferenz GRÜNE NRW - Troisdorf

Initiator*innen:
Titel: **Protokoll Landesdelegiertenkonferenz Köln 24./25. Mai 2025**

Protokoll als PDF

PROTOKOLL
Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz
Messehallen Köln
24./25. Mai 2025

Samstag, 24. Mai 2025, 10:50 Uhr

Der Parteitag steht unter dem Motto „NRW: Zuhause von 18 Millionen".

Eröffnung und Begrüßung

Raoul Roßbach (Politischer Landesgeschäftsführer, KV Herne) begrüßt die Delegierten, alle Anwesenden, darunter vor allem die Kommunalwahlkandidat*innen und eröffnet den Parteitag *(10:50 Uhr)*.

TOP 1
Tagesordnung und Formalia

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Von den 284 gemeldeten Delegierten sind um 10:25 Uhr 183 Delegierte anwesend. Davon sind 100 weiblich. Damit ist die **Versammlung beschlussfähig.**

Tagesordnung

Raoul Roßbach stellt den Antrag **F-01** des Landesvorstands für den Vorschlag zur **Tagesordnung** vor.

1. Begrüßung & Formalia
2. Aktuelle Politische Lage
3. Zuhause von 18 Millionen
4. Wahlen
    1. Länderrat
    2. Frauenrat
    3. Sachverständiges Mitglied im Bundesfinanzrat
5. Haushalt und Finanzen
6. Satzungen/Statute
7. Berichte
8. Verschiedenes
9. Wahl der Reservelisten für die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL)
10. Wahl der Reservelisten für die Regionalräte (Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln, Münster)

Der Antragsschluss für Anträge war der 12. April 2025 und für Änderungsanträge der 17. Mai 2025. Nach diesem Zeitpunkt trafen die drei Dringlichkeitsanträge D-01, D-02

und D-03 ein. Raoul bittet die Versammlung diese Anträge noch zur Befassung zuzulassen und die Tagesordnung um diese zu ergänzen.

Abstimmung: einstimmig **angenommen.**

Wahl der Antragskommission

Raoul Roßbach stellt der Versammlung den Vorschlag **F-03** des Landesvorstands für die **Besetzung der Antragskommission** vor:

- Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal)
- Julia Eisentraut (KV Lippe)
- Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke)
- Verena Verspohl (KV Hochsauerland)
- Daniel Freund (KV Aachen)
- Felix Lütke (KV Duisburg)

Abstimmung: einstimmig **angenommen.**

Wahl des Präsidiums

Weiterhin stellt Raoul Roßbach der Versammlung den Vorschlag **F-02** des Landesvorstands für die **Besetzung des Präsidiums** vor:

- André Zöhren (KV Duisburg) LPR-Präsidium
- Anna Solar (KV Viersen) LPR-Präsidium
- Anna di Bari (KV Köln) LPR-Präsidium
- Max Löffler (KV Köln) LPR-Präsidium
- Raoul Roßbach (KV Herne) Politischer Geschäftsführer
- Terry Reintke (KV Gelsenkirchen)
- Can Erdal (KV Gütersloh)
- Berîvan Aymaz (KV Köln)
- Simone Lux (KV Bielefeld, Grüne Jugend NRW)
- David Sasserath (KV Düsseldorf)
- Sandra Stein (KV Hochsauerlandkreis)
- Jan-Niclas Gesenhues (KV Steinfurt)
- Anna Kysil (KV Aachen)
- Katrin Uhlig (KV Bonn)

Abstimmung: einstimmig **angenommen**.

Raoul Roßbach bittet das Präsidium auf die Bühne und übergibt ihm die Redeleitung.

Präsidium: Max Löffler (11:13 Uhr)

Protokoll LDK Bielefeld 05.12.2024

Nach der geltenden GO gilt das Protokoll als bestätigt, wenn bis zur Versammlung kein Einspruch erfolgt ist. Gegen das Protokoll der LDK Bielefeld wurde kein Einspruch erhoben, es gilt damit als bestätigt.
(GO LDK, § 23: Über die Landesdelegiertenkonferenz ist ein Protokoll zu erstellen. Es ist spätestens sechs Wochen vor der nächsten Landesdelegiertenkonferenz an die Kreisverbände zu versenden. Erfolgt bis zu Beginn der folgenden Landesdelegiertenkonferenz kein Einspruch, so gilt das Protokoll als bestätigt. Über eventuelle Einsprüche entscheidet die Landesdelegiertenkonferenz)

Grußworte

Es folgt das **Grußwort** von

- Berîvan Aymaz (KV Köln)

Die Delegierten danken Berîvan mit herzlichem Applaus.

TOP 2
Aktuelle Politische Lage

Präsidium: Berîvan Aymaz, Max Löffler (11:25 Uhr)

Zum Verfahren: Das Präsidium schlägt eine Debatte mit 20 gelosten (à 3 Minuten) und 9 gesetzten Redebeiträgen (à 5 Minuten) vor. Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

Politische Rede

Der Tagesordnungspunkt wird durch eine Einführung in die aktuelle politische Lage durch den Landesvorsitzenden

- Tim Achtermeyer (KV Bonn)

eröffnet. Die Delegierten danken Tim mit langanhaltendem und stehendem Applaus.

Aussprache

Präsidium: Berîvan Aymaz, Max Löffler (11:33 Uhr)

An der **Aussprache** beteiligen sich

- Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke)
- Anil Sevim (KV Rhein-Kreis Neuss)
- Katharina Dröge (KV Köln – für die Bundestagsfraktion)

Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal) und Tim Achtermeyer (KV Bonn) bedanken sich im Namen der Partei bei den Bundestagswahlkandidat*innen.

- Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf)
- Robin Korte (KV Münster)
- Felix Banaszak (KV Duisburg – für den Bundesvorstand)
- Anne Birkelbach (KV Paderborn)
- Peter Eisenhofer (KV Köln)

Es folgt eine Gastrede des türkischen Journalisten Can Dündar zur Situation der Opposition in der Türkei. Can Dündar ist ein türkischer Journalist und ehemaliger Chefredakteur von Cumhuriyet, der durch die Enthüllung geheimer Waffenlieferungen der Türkei internationale Bekanntheit erlangte. Er ist einer der bekanntesten Kritiker der türkischen Regierung. Wegen seiner Recherchen wurde er in der Türkei verfolgt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Er lebt seit 2016 im Exil in Berlin und engagiert sich weiterhin für Pressefreiheit und unabhängigen Journalismus, u. a. als Gründer der Plattform Özgürüz.

Präsidium: Anna Solar, Can Erdal (12:30 Uhr)

- Anja Beiers (KV Warendorf)
- Firat Yakşan (KV Köln)
- Mona Neubaur (KV Düsseldorf – Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen)
- Philippa Klein (KV Düsseldorf)
- Holger Zacharias (KV Rhein-Sieg)
- Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr – für die Landtagsfraktion)
- Julia Höller (KV Bonn)
- Dominic Brauner (KV Münster)
- Benjamin Limbach (KV Bonn – Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen)
- Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal)
- Djamel Lounaouci (KV Märkischer Kreis)
- Alexandra Gauß (KV Rhein-Sieg – Bürgermeisterin Windeck)
- Ursula Stark Urrestarazu (KV Bonn)
- Simon Rock (KV Rhein-Kreis Neuss)
- Björn Maue (KV Mülheim – für die Grüne Jugend NRW)
- Laura Kraft (KV Siegen-Wittgenstein)
- Salvatore Mancuso (KV Köln)
- Alexandra Geese (KV Bonn – für die Fraktion im EU-Parlament)
- Laura Postma (KV Aachen)
- Richard Mannwald (KV Coesfeld)

Präsidium: Anna di Bari, Simone Lux (13:45 Uhr)

Im Anschluss bitten Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal) und Tim Achtermeyer (KV Bonn) die ausscheidenden Mitglieder der Bundestagsfraktion Maik Außendorf, Kathrin Henneberger, Michael Sacher, Sabine Grützmacher, Anja Liebert, Laura Kraft und

Franziska Krumwiede-Steiner auf die Bühne und bedanken sich bei ihnen für die geleistete Arbeit im Bundestag in den vergangenen Jahren. Die Delegierten bedanken sich bei den ehemaligen MdBs mit langanhaltendem Applaus.

TOP 4
Wahlen

Zum Verfahren: Anschließend werden die elektronischen Abstimmgeräte ausgeteilt. Das Präsidium erklärt den Delegierten den Umgang mit den Geräten und führt eine Probeabstimmung über die Frage „Wer gewinnt das DFB-Pokalfinale und wie?“ durch.

Ergebnis:
1: Bielefeld: 155 – 82,89%
2: Stuttgart: 28 – 14,97%
3: In normaler Spielzeit: 62 – 33,16%
4: In Verlängerung: 38 – 20,32%
5: Im Elfmeterschießen: 42 – 22,46%
Abgegebene Stimmen: 325
Teilnehmer*innen: 187
Quorum: 94

TOP 4.2
Wahl Frauenrat

Präsidium: Anna di Bari, Simone Lux (14:10 Uhr)

Zum Verfahren: Alle Wahlen erfolgen im Televoting-Verfahren. Gewählt werden zunächst 4 Delegierte und im Anschluss 4 Ersatzdelegierte jeweils in verbundener Einzelwahl. Die Vorstellungszeit beträgt 3 Minuten, plus 2 Minuten Frage-/Antwortzeit. Gegen dieses Verfahren gibt es keinen Widerspruch.

Wahlverfahren
Es gilt die Wahlordnung des Landesverbandes.

Quoren bei den Wahlgängen
Gewählt ist, wer mehr als 50 % der Stimmen erhält. In einem zweiten Wahlgang darf kandidieren, wer im 1. Wahlgang mehr als 15 % der Stimmen erhalten hat. In einem dritten Wahlgang dürfen so viele Bewerber*innen kandidieren, wie noch Plätze zu vergeben sind, plus eine weitere Person bei weniger als vier noch zu vergebenden Plätzen, plus zwei weitere Personen bei mindestens vier noch zu vergebenden Plätzen. Bei Stimmengleichheit im 3. Wahlgang entscheidet das Los, sofern die Kandidat*innen mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten haben.

Verbundene Einzelwahl
Die Delegierten haben in jedem Wahlgang so viele Stimmen, wie in diesem Wahlgang Personen zu wählen sind. Erreichen weniger Bewerber*innen das Quorum,

erfolgt ein zweiter und ggf. ein dritter Wahlgang.
Die Platzierung auf einer Liste erfolgt hierbei nach der Anzahl der erreichten Stimmen.

Befragung der Bewerber*innen
Bei allen Wahlen können von jedem Mitglied der Versammlung bis zum Ende der Bewerbungsrede Fragen gestellt werden.
Die Fragen müssen schriftlich beim Präsidium eingereicht werden; bis zu drei Fragen werden vom Präsidium ausgelost und verlesen. Bei der Frage, ob ein*e Kandidat*in weiter antritt, gibt es nur die Möglichkeit einer Ja- oder Nein-Antwort. Wahlempfehlungen zugunsten anderer Bewerber*innen sind nicht zulässig und von der Sitzungsleitung zu unterbinden.

Gegen das vorgeschlagene Wahlverfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Wahlen der Delegierten zum Bundesfrauenrat

Es liegen folgende Bewerbungen vor:

- Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf) BFR-01 Theda ist verhindert. Ihre Kandidatur wird von Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf) vertreten.
- Judith Hasselmann (KV Köln) BFR-03
- Laura Steeger (KV Mönchengladbach) BFR-2
- Julia Woller (KV Köln) BFR-04

Es gibt keine weiteren Bewerbungen. Die Bewerberinnenliste wird geschlossen. Die Kandidatinnen stellen sich in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens vor. Es liegen keine Fragen an die Kandidatinnen vor.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Delegierten zum Frauenrat** wird eröffnet *(14:26 Uhr)*. Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in verbundener Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 4 Stimmen (Name, alle Nein, alle Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen *(14:28 Uhr)*.

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl der Delegierten zum Bundesfrauenrat** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**784**		Prozent
Abstimmende	244		
Alle Nein	2		0,82
Alle Enthaltung	13		5,33
Quorum:	**123**		
Theda de Morais Dourado	200	gewählt	81,97
Laura Steeger	197	gewählt	80,74
Judith Hasselmann	176	gewählt	72,13
Julia Woller	196	gewählt	80,33

Damit haben alle Kandidatinnen das notwendige Quorum erreicht und sind gewählt. Alle nehmen die Wahl an.

Wahlen der Ersatzdelegierten zum Bundesfrauenrat

Es liegen folgende Bewerbungen vor:

- Aslı Baskas (KV Bochum) ohne schriftliche Bewerbung
- Ilayda Bostancieri (KV Gelsenkirchen) BFR-06
- Sarah Gonschorek (KV Soest) BFR-06
- Antje Westhues (KV Bochum) BFR-05

Es gibt keine weiteren Bewerbungen. Die Bewerberinnenliste wird geschlossen. Die Kandidatinnen stellen sich in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens vor. Es gibt keine Fragen an die Kandidatinnen.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Ersatzdelegierten zum Bundesfrauenrat** wird eröffnet *(14:43 Uhr)*. Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in verbundener Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 4 Stimmen (Name, alle Nein, alle Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen *(14:45 Uhr)*.

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl der Ersatzdelegierten zum Bundesfrauenrat** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**808**		Prozent
Abstimmende	254		
Alle Nein	3		1,18
Alle Enthaltung	5		1,97
Quorum:	**128**		
Aslı Baskas	218	gewählt	85,83
Ilayda Bostancieri	177	gewählt	69,69
Sarah Gonschorek	195	gewählt	76,77
Antje Westhues	210	gewählt	82,68

Damit haben alle vier Kandidatinnen das notwendige Quorum erreicht und sind gewählt. Alle Bewerberinnen nehmen die Wahl an.

TOP 4.3
Wahl Sachverständiges Mitglied im Bundesfinanzrat

Präsidium: Anna di Bari, Simone Lux (14:54 Uhr)

*Zum Verfahren: Gewählt werden ein sachverständiges Mitglied sowie mehrere Stellvertreter*innen. Das Präsidium weist darauf hin, dass es sich bei dem sachverständigen Mitglied um einen offenen Platz handelt, da Anja von Marenholtz als*

Landesschatzmeisterin geborenes Mitglied und Hauptdelegierte im Bundesfinanzrat ist. Gewählt werden ein sachverständiges Mitglied sowie eine Stellvertretung.

Es gelten die gleichen Quoren wie bei der Wahl der Delegierten für den Bundesfrauenrat. Die Wahl erfolgt in Einzelwahl. Die Vorstellungszeit beträgt 3 Minuten, plus 2 Minuten Frage-/Antwortzeit. Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Es liegen folgende Bewerbungen vor:

- Malte Lömpcke (KV Bonn) BBF-01 als sachverständiges Mitglied

Malte stellt sich der Versammlung vor. Es gibt keine Fragen, so dass direkt zur Abstimmung geschritten werden kann.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl des Sachverständigen Mitglieds im Bundesfinanzrat** wird eröffnet *(14:55 Uhr)*. Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 1 Stimme (Name, Nein, Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen *(14:56 Uhr)*.

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl des Sachverständigen Mitglieds im Bundesfinanzrat** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**228**		Prozent
Nein	3		1,32
Enthaltung	7		3,07
Quorum:	**115**		
Malte Lömpcke	218	gewählt	95,61

Damit hat Malte das notwendige Quorum erreicht und ist gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Für die Stellvertreter*innen-Plätze liegt eine Bewerbung vor:

- Lara Reiß (KV Coesfeld) BBF-02

Lara stellt sich der Versammlung vor. Es gibt keine Fragen an sie.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Stellvertreter*innen-Plätze im Bundesfinanzrat** wird eröffnet (15:00 Uhr). Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 1 Stimmen (Name, alle Nein, alle Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen (15:02 Uhr).

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl der Stellvertreter*innen-Plätze im Bundesfinanzrat** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**232**		Prozent
Nein	1		0,43
Enthaltung	5		2,16
Quorum:	**117**		
Lara Reiß	226	gewählt	97,41

Damit hat auch Lara das notwendige Quorum erreicht und ist gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

TOP 3
Zuhause von 18 Millionen

Präsidium: Katrin Uhlig, André Zöhren (15:04 Uhr)

Zum Verfahren: Der vorliegende Tagesordnungspunkt 3 integriert die Anträge Z-01 „Zuhause von 18 Millionen Z-02 „Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig", Z-03 „Stationäre Kinder- und Jugendhilfe in NRW zukunftssicher aufstellen" und Z-04 „Damit die „Gurbet" Zuhause bleibt" (alle Landesvorstand). Die einzelnen Anträge werden in der anschließenden Aussprache mit gesetzten Redebeiträgen jeweils 5 Minuten vorgestellt und eingebracht. Danach erfolgt die Einbringung des Verfahrensvorschlags der Antragskommission zu den jeweiligen Änderungsanträgen, eine Gegenrede und die anschließende Abstimmung der jeweiligen Teilanträge Z-01, Z-02, Z-03 und Z-04. Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Es folgt die Einbringung des Teilantrags Z-01 „NRW – Zuhause von 18 Millionen" (Landesvorstand) durch die Landesvorsitzende

- Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal)

Dazu liegen die folgenden gelosten und gesetzten Redebeiträge vor:

- Sylvia Rietenberg (KV Münster)
- Christoph Neumann (KV Dortmund)
- Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen für die Bundestagsfraktion)
- Astrid Vogelheim (KV Aachen)
- Jenny Brunner (KV Dortmund)
- Daniel Freund (KV Aachen - für die Europagruppe)
- Eileen Woestmann (KV Köln)
- Jürgen Waibel (KV Düsseldorf)
- Josefine Paul (KV Münster – Ministerin NRW)
- Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein)
- Karin Schmitt-Promny (KV Aachen)
- Tilman Fuchs (KV Münster – für die Kommunalfraktionen)
- Gönül Eğlence (KV Essen)
- Manuel Carrasco Molina (KV Düren)

Damit ist die Aussprache zu dem Antrag Z-01 abgeschlossen.

Felix Lütke (KV Duisburg) stellt den (folgenden) Verfahrensvorschlag der Antragskommission zum Umgang mit den Änderungsanträgen vor.

Antrag Nr.	Antragssteller*in	Änderung	Verfahren
Z01-042	Lamya Kaddor (KV Duisburg)	**Von Zeile 42 bis 44 einfügen:** Zuhause bedeutet zudem: zusammenhalten in Vielfalt. NRW ist Heimat für Menschen mit unterschiedlichsten Lebenswegen, Biografien und Hintergründen. In unseren Städten und Gemeinden ist die vielfältige Einwanderungsgesellschaft längst Realität. Menschen jeglicher Kulturen, Religionen und Herkünfte gestalten unser Land mit. Wir stehen für eine Gesellschaft des Respekts und des Miteinanders, konkret, vor Ort. Ob im	Übernahme
Z01-048	BuntGrün NRW (dort beschlossen am: 10.05.2025)	**Von Zeile 47 bis 48 einfügen:** aktivierenden Nachbarschaftspolitik bekämpfen wir Einsamkeit und schaffen neue Gemeinschaft, gerade dort, wo sie verloren gegangen ist. Zusammenhalt braucht auch Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung. Rassismus, Antisemitismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedrohen das friedliche Miteinander in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb setzen wir uns für eine kommunale Politik ein, die Rassismus klar benennt, Antidiskriminierungsarbeit strukturell stärkt und marginalisierte Gruppen gezielt fördert – etwa durch Ombudsstellen, kommunale Aktionspläne und eine diversitätssensible Verwaltung.	Übernahme
Z01-057	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	**Von Zeile 56 bis 57:** und Radverkehr, bauen den ÖPNV aus und sorgen für gute Anbindung – auch im ländlichen Raum. So wird Mobilität ~~klimafreundlich~~ klimaneutral, sicher und alltagstauglich.	Übernahme
Z01-058	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	**Von Zeile 58 bis 62:** ~~Die Klimakrise zeigt sich besonders deutlich vor Ort. Deshalb machen wir unsere Kommunen widerstandsfähiger, gleichzeitig grüner, lebenswerter und zukunftsfest. Mit entsiegelten Flächen, mehr Bäumen, Schwammstadt-Prinzipien und Hitzeschutz. Wir treiben die Energiewende lokal voran: mit Solar- und Windkraft, mit kommunalen Projekten und echter Bürgerbeteiligung.~~ Die Klimakrise hat in Deutschland bereits zu einem Temperaturanstieg von über 2 Grad geführt. Wetterextreme wie Dürren, Überschwemmungen und Stürme fordern unsere Kommunen im besonderen Maße heraus. Um rasch Klimaneutralität zu erreichen, treiben wir die Energiewende lokal voran: mit Solar- und Windkraft, mit Energieeffizienz, mit kommunalen Projekten und echter Bürgerbeteiligung. Zusätzlich	Übernahme

		machen wir unsere Kommunen widerstandsfähiger in der Klimakrise, gleichzeitig grüner, lebenswerter und zukunftsfest mit entsiegelten Flächen, mehr Bäumen, Schwammstadt-Prinzipien und Hitzeschutz.	

Gegenrede: Keine
Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Präsidium: Sandra Stein, Jan-Niclas Gesenhues (16:15 Uhr)

Es folgt die Einbringung des Teilantrags Z-02 (Landesvorstand) *„Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig*“ durch

- Florian Pankowski (KV Bochum, Landesvorstand NRW)

Dazu liegen die folgenden gelosten und gesetzten Redebeiträge vor:

- Dorothee Kroll (KV Euskirchen)
- Jacob Hassel (KV Münster)
- Arndt Klocke (KV Köln – für die Landtagsfraktion)
- Sandra Schneeloch (KV Köln)
- Paul Rainer Pansky (KV Düsseldorf)
- Aslı Baskas (KV Bochum – für die Grüne Jugend NRW)
- Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr)
- Holger Zacharias (KV Rhein-Sieg)

Damit ist die Aussprache zu dem Antrag Z-02 abgeschlossen.

Es folgt die Vorstellung des **Verfahrensvorschlags der Antragskommission** durch Julia Eisentraut (KV Lippe).

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
Z02-015	Anja Beiers (KV Warendorf)	**Von Zeile 15 bis 16 einfügen:** gerecht werden, vom Singlehaushalt über Alleinerziehende und junge Familien bis hin zu älteren Menschen. Gleichwertig werden Wohnbedürfnisse für das Selbstständige Wohnen für Menschen mit Behinderung und Wohnungen für Programme zur Wohnungslosenhilfe berücksichtigt.	Übernahme
Z02-051	BuntGrün NRW (dort beschlossen am: 10.05.2025)	**Von Zeile 50 bis 51 einfügen:** missbräuchliche Ersteigerungen von Schrottimmobilien und deren Vermietung angehen. Wir nehmen insbesondere die rassistisch motivierte Ausbeutung migrantischer Haushalte durch Vermietende in den Blick, die Schrottimmobilien systematisch an marginalisierte Gruppen vergeben – oft ohne rechtssichere Verträge, mit gesundheitsgefährdenden Wohnbedingungen und massiven	Übernahme

		Abhängigkeitsverhältnissen. Die Bekämpfung solcher Praktiken muss durch mehrsprachige Aufklärungsangebote, interkulturell geschulte Kontrollbehörden und effektive Sanktionen flankiert werden.	
Z02-147	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	Von Zeile 146 bis 147 einfügen: Wohnen ist ein Grundrecht. Damit sich das auch rechtlich widerspiegelt, planen wir in NRW das Recht auf Wohnen und das übergeordnete Ziel der sozialen Bodennutzung in die Landesverfassung aufzunehmen.	Modifizierte Übernahme **Von Zeile 146 bis 147 einfügen:** Wohnen ist ein Grundrecht. Damit sich das auch rechtlich widerspiegelt, planen wir in NRW das Recht auf Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen. Langfristig wollen wir auch das Ziel der sozialen Bodennutzung in der Landesverfassung verankern.
Z02-156	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	**Von Zeile 155 bis 156 einfügen:** Millionen Euro zur Verfügung, um Projekte für obdachlose, wohnungslose und von Wohnungsverlust bedrohte Menschen zu unterstützen. Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Vorkaufsrecht in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungssatzung ein, damit die Kommunen die Möglichkeit bekommen das Vorkaufsrecht aktiv und zum Verkehrswert auszuüben.	Modifizierte Übernahme **Nach Zeile 34 einfügen:** Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Vorkaufsrecht ein, damit Kommunen die Möglichkeit bekommen auf ihrem Gemeindegebiet das Vorkaufsrecht aktiv und zum Verkehrswert auszuüben.
Z02-215	Maximilian Fries (KV Düsseldorf)	**Nach Zeile 215 einfügen:** Wir setzen uns für eine Umwandlungsverordnung ein, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt stellt.	Modifizierte Übernahme nicht sichtbar **Nach Zeile 144 einfügen:** Zudem wollen wir prüfen, wie eine Umwandlungsverordnung, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt stellt, den Bestand der Mietwohnungen in besonders angespannten Wohnungsmärkten wahren kann.“

Gegenrede: Keine
Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Präsidium: Sandra Stein, Jan-Niclas Gesenhues 16:54 Uhr)

Es folgt die Einbringung des Teilantrags Z-03 (Landesvorstand) „Stationäre Jugendhilfe in NRW zukunftssicher aufstellen“ durch

- Alexandra Schoo (KV Unna, Landesvorstand NRW)

Dazu liegen die folgenden gelosten und gesetzten Redebeiträge vor:

- Norika Creuzmann (KV Paderborn)

- Sylvia Olbrich (KV Märkischer Kreis)

Damit ist die Aussprache zu dem Antrag Z-03 abgeschlossen.

Es folgt die Vorstellung des **Verfahrensvorschlags der Antragskommission** durch Verena Verspohl (KV Arnsberg).

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
Z03-055	BuntGrün NRW (dort beschlossen am: 10.05.2025)	**Von Zeile 54 bis 55 einfügen:** Arbeitsbedingungen in den Blick zu nehmen, sondern auch den bürokratischen Aufwand. Eine zukunftssichere stationäre Jugendhilfe braucht auch eine konsequente Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus. Kinder und Jugendliche mit Rassismuserfahrungen, insbesondere Schwarze Kinder und Jugendliche, People of Color, Rom*nja und Sinti*zze, erleben häufig zusätzliche Belastungen und Ausschlüsse. Wir setzen uns dafür ein, dass Einrichtungen und Fachkräfte durch verbindliche Fortbildungen zu Rassismuskritik, Empowerment-Angeboten für Betroffene sowie diversitätsbewusster Teamentwicklung gestärkt werden. Auch Beschwerde- und Ombudssysteme müssen für betroffene Kinder niedrigschwellig erreichbar und vertrauenswürdig sein.	Übernahme
Z03-123	Sylvia Olbrich (KV Märkischer Kreis)	**Nach Zeile 123 einfügen:** **6. Pflegekinder und besondere Bedarfe nicht vergessen** Ein großer Teil der Hilfen zur Erziehung findet außerhalb stationärer Einrichtungen in Pflegefamilien statt. Gerade Pflegekinder mit besonderen Bedürfnissen – etwa durch Traumatisierung, Behinderung oder chronische Erkrankungen – brauchen passgenaue, gut ausgestattete Unterstützung. Pflegefamilien leisten hier oft Außergewöhnliches und brauchen dafür mehr Rückhalt. Wir setzen uns für bessere finanzielle Ausstattung, gezielte Qualifizierung, Zugang zu Supervision und Entlastungsangebote für Pflegeeltern ein. Für Kinder mit komplexem Unterstützungsbedarf braucht es außerdem eine enge Kooperation zwischen Pflegekinderdienst, ASD und Fachberatung – auch über das 18. Lebensjahr hinaus. Pflegekinder gehören genauso ins Zentrum der Jugendhilfe wie Kinder in stationären Einrichtungen – ihre Perspektive muss mitgedacht und ihre Teilhabe gesichert werden.	Übernahme

Gegenrede: Keine
Abstimmung: einstimmig **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Teilantrags Z-04** (Landesvorstand) „Damit die ‚Gurbet' zuhause bleibt" durch

- Firat Yakşan (KV Köln, Landesvorstand NRW)

Dazu liegen die folgenden gelosten und gesetzten Redebeiträge vor:

- Katrin Lögering (KV Dortmund)
- Ilayda Bostancieri (KV Gelsenkirchen)

Damit ist die Aussprache zu dem Antrag Z-04 abgeschlossen.

Es folgt die Vorstellung des **Verfahrensvorschlags der Antragskommission** durch Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke).

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
Z04-074	BuntGrün NRW (dort beschlossen am: 10.05.2025)	**Nach Zeile 74 einfügen:** Besonders muslimische Senior*innen erleben im Pflege- und Gesundheitssystem oft eine doppelte Ausgrenzung – als Migrant*innen und als religiös markierte Personen. Wir setzen uns deshalb ausdrücklich für die Benennung und Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus ein, auch im Zugang zu Pflege, Wohnen, öffentlichem Raum und Teilhabe. Pflegestrukturen müssen kultursensibel, diskriminierungskritisch und religiös diversitätsbewusst gestaltet werden.	Modifizierte Übernahme **Nach Zeile 74 einfügen:** Besonders Senior*innen aus den Ländern, mit denen wir ein Abkommen abgeschlossen haben, erleben im Pflege- und Gesundheitssystem eine Ausgrenzung, zu oft auch eine doppelte – als Migrant*innen und als religiös markierte Personen. Wir setzen uns deshalb ausdrücklich für die Benennung und Bekämpfung von Rassismus in all seinen Formen ein, auch im Zugang zu Pflege, Wohnen, öffentlichem Raum und Teilhabe. Pflegestrukturen müssen kultursensibel, diskriminierungskritisch und religiös diversitätsbewusst gestaltet werden.
Z04-099	BuntGrün NRW (dort beschlossen am: 10.05.2025)	**Nach Zeile 99 einfügen:** Strukturelle Teilhabe muss ausgebaut werden: Wir setzen uns für die verbindliche Stärkung und finanzielle Ausstattung von Migrant*innenorganisationen, Integrationsräten und Beiräten auf kommunaler Ebene ein. Junge Menschen aus Einwandererfamilien brauchen Räume des Empowerments, politische Bildung und Zugang zu Entscheidungsprozessen. Antidiskriminierungsarbeit muss dauerhaft finanziert und in allen relevanten Institutionen verankert sein – von Schulen über Jobcenter bis zur Polizei.	Modifizierte Übernahme **Nach Zeile 99 einfügen:** Echte Teilhabe muss ausgebaut werden: Wir setzen uns für die strukturelle Stärkung und finanzielle Ausstattung von Migrant*innenorganisationen ein. Unser Ziel bleibt dabei, dass politische Partizipation auf allen Ebenen der Einwanderungsgesellschaft gerecht werden muss. Integrationsräte und Beiräte können der erste Schritt sein, sind aber nicht das Ende dessen. Junge Menschen aus Einwandererfamilien brauchen Räume des Empowerments, politische Bildung und Zugang zu Entscheidungsprozessen. Antidiskriminierungsarbeit muss dauerhaft finanziert und in allen relevanten Institutionen verankert sein – von Schulen über Jobcenter bis zur Polizei.

Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

TOP 8
Verschiedenes / Dringlichkeitsanträge

Präsidium: Sandra Stein, Jan-Niclas Gesenhues (17:21 Uhr)

Zum Verfahren: Das Präsidium schlägt vor, die vorliegenden Dringlichkeitsanträge zum AfD-Verbotsverfahren, zum Tod von Lorenz A. in Oldenburg durch Polizeieinsatz am 20. April und zum Thema Atom vor Eintritt in die Wahlen zum Länderrat durchzuführen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Es folgt die Einbringung des **Antrages D-1** (Landesvorstand): *„Weil die Demokratie wehrhaft sein muss – AfD Verbotsverfahren vorbereiten und einleiten"*

Einbringung: Tim Achtermeyer (KV Bonn)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages D-2** (BuntGrün): *„Vertrauen wiederherstellen: Sicherheit für alle Menschen in NRW"*
Einbringung: Janina Singh (KV Siegen-Wittgenstein)

Das Präsidium gibt den Verfahrensvorschlag der Antragskommission zu den Änderungsanträgen zu diesem Antrag bekannt:

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
D-02-028	Kerstin Kirchhofer (KV Duisburg)	**Von Zeile 28 bis 29:** Rassismuskritik, Diskriminierungsarbeit und Deeskalation in der Aus- und Fortbildung aller Polizeikräfte; Polizeikräfte. Die sogenannte "Alltagsreflexion" für operative Kräfte der Polizei muss ausgeweitet werden. Diese soll deutlich häufiger als nur einmal im Jahr verpflichtend stattfinden und auch für Sachberater*innen in den Kommissariaten zugänglich sein. Dafür ist eine größere personelle Ausstattung an qualifizierten Fachkräften in den Regionalstellen erforderlich;	Modifizierte Übernahme **Von Zeile 28 bis 29:** Rassismuskritik, Diskriminierungsarbeit und Deeskalation in der Aus- und Fortbildung aller Polizeikräfte;. Die sogenannte „Alltagsreflexion" für Polizeikräfte mit Bürger*innenkontakt soll häufiger stattfinden und auch Sachbearbeitende in den Kommissariaten einbeziehen. Sie dient der psychosozialen Entlastung und der frühzeitigen Reflexion möglicher rassistischer Stereotype;
D-02-030	Kerstin Kirchhofer (KV Duisburg)	**Von Zeile 30 bis 31 einfügen:** den Ausbau des Einsatztrainings der Polizei NRW mit Fokus auf den Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen weiter voranbringen. Darüber hinaus müssen Interventionsnetzwerke mit psychologischen und medizinischen Einrichtungen geschaffen werden,	Übernahme

Gegenrede: Keine
Abstimmung: Bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimme **angenommen**

Präsidium: Anna Kysil, David Sasserath (17:33 Uhr)

Es folgt die Einbringung des **Antrages D-3** (KV Borken): *„Aufruf an die Bundesregierung: unnötige Castortransporte verhindern“*

Das Präsidium gibt den Verfahrensvorschlag der Antragskommission zu den Änderungsanträgen zu diesem Antrag bekannt:

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
D-03-028	Jürgen Blümer (KV Warendorf)	**Von Zeile 28 bis 29 einfügen:** Wir GRÜNE NRW lehnen eine die Verschiebung von Atommüll wie von Jülich nach Ahaus ab. Jetzt braucht es ein klares Signal der Bundesregierung für die sogenannte	Übernahme

Einbringung: Gertrud Welper (KV Borken)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung **angenommen**

TOP 4
Wahlen

Präsidium: Anna Kysil, David Sasserath (17:39 Uhr)

Alle Wahlen erfolgen ebenfalls im Televoting-Verfahren.

TOP 4.1
Wahlen Länderrat

Zum Verfahren: Gewählt werden 12 Delegierte und 12 Ersatzdelegierte (Die Anzahl der jeweils zu wählenden Delegierten richtet sich nach der Mitgliederzahl im Landesverband). Hiervon soll laut Bundessatzung eines Mitglied des Landesvorstandes sein. Es werden zunächst die Frauenplätze, danach die offenen Plätze gewählt. Es gilt eine 3-minütige Vorstellungszeit sowie 2 Minuten, um auf mögliche Fragen zu antworten. Das Präsidium weist darauf hin, dass die folgenden Wahlen gemäß der Wahlordnung des Landesverbandes in verbundener Einzelwahl bzw. Einzelwahl durchgeführt werden.*

Gegen dieses Wahlverfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Zu den Wahlen zum Länderrat liegen bisher folgende schriftliche Bewerbungen vor:

- Tim Achtermeyer (KV Bonn) BLR-01
- Anja Beiers (KV Warendorf) BLR-02
- Lamya Kaddor (KV Duisburg) BLR-03
- Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal) BLR-04

- Daniel Freund (KV Aachen) BLR-05
- Wibke Brems (KV Gütersloh) BLR-06
- Verena Schäffer (KV Ennepe/Ruhr) BLR-07
- Janina Singh (KV Siegen-Wittgenstein) BLR-08
- Moritz Wächter (KV Rhein-Sieg) BLR-09
- Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen) BLR-10
- Björn Maue (KV Mülheim) BLR-11
- Julia Eisentraut (KV Lippe) BLR-12
- Claudia Wiese (KV Leverkusen) BLR-13
- Karin Schmitt-Promny (KV Aachen) BLR-14
- Alexandra Geese (KV Bonn) BLR-15
- Tobias Rödel (KV Hagen) BLR-16
- Max Lucks (KV Bochum) BLR-17

Es gibt keine weiteren Bewerbungen.

Wahlen der Delegierten zum Länderrat (Frauenplätze)

Zur Wahl der Frauenplätze (6 Plätze) liegen folgende Bewerbungen vor:

- Anja Beiers (KV Warendorf) BLR-02
- Wibke Brems (KV Gütersloh) BLR-06
- Lamya Kaddor (KV Duisburg) BLR-03
- Verena Schäffer (KV Ennepe/Ruhr) BLR-07
- Claudia Wiese (KV Leverkusen) BLR-13. Claudia ist verhindert und wird daher von Ina Besche-Krastl (KV Mettmann) vorgestellt.
- Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal) BLR-04

Es gibt keine weiteren Bewerbungen. Die Bewerberinnenliste wird geschlossen. Die Kandidatinnen stellen sich in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens vor. Es liegen keine Fragen an die Kandidatinnen vor.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Frauenplätze** wird eröffnet *(18:02 Uhr)*. Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in verbundener Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 6 Stimmen (Name, alle Nein, alle Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen *(18:04 Uhr)*.

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl der Delegierten zum Länderrat (Frauenplätze)** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**1.148**		Prozent
Abstimmende	242		
Nein	2		0,83
Enthaltung	6		2,48
Quorum:	**122**		
Anja Beiers	199	gewählt	82,23
Wibke Brems	169	gewählt	69,83

Lamya Kaddor	191	gewählt	78,93
Verena Schäffer	204	gewählt	84,30
Claudia Wiese	178	gewählt	73,55
Yazgülü Zeybek	199	gewählt	82, 23

Damit sind alle Kandidatinnen im ersten Wahlgang gewählt. Sie nehmen die Wahl an.

Präsidium: David Sasserath, Anna Kysil (18:08 Uhr)

Wahlen der Delegierten zum Länderrat (offene Plätze)

Für die Wahlen der offenen Delegiertenplätze zum Länderrat (6 Plätze) liegen die folgenden Kandidaturen vor:

- Tim Achtermeyer (KV Bonn) BLR-01
- Daniel Freund (KV Aachen) BLR-05
- Björn Maue (KV Mülheim) BLR-11
- Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen) BLR-10
- Tobias Rödel (KV Hagen) BLR-16
- Moritz Wächter (KV Rhein-Sieg) BLR-09

Es gibt keine weiteren Bewerbungen. Die Bewerber*innenliste wird geschlossen. Die Kandidat*innen stellen sich in alphabetischer Reihenfolge vor. Es liegen keine Fragen an die Kandidierenden vor.
Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der offenen Plätze** wird eröffnet *(18:26 Uhr)*. Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in verbundener Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 6 Stimmen (Name, alle Nein, alle Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen *(18:28 Uhr)*.

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl der Delegierten zum Länderrat (offenen Plätze)** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**1137**		Prozent
Abstimmende	243		
Alle Nein	1		0,41
Alle Enthaltung	8		3,29
Quorum:	**122**		
Tim Achtermeyer	216	gewählt	88,89
Daniel Freund	166	gewählt	68,31
Björn Maue	183	gewählt	75,31
Mehrdad Mostofizadeh	195	gewählt	80,25
Tobias Rödel	172	gewählt	70,78
Moritz Wächter	196	gewählt	80,66

Damit haben alle Kandidaten das notwendige Quorum erreicht und sind **gewählt**. Sie nehmen die Wahl an.

Präsidium: Terry Reintke, Max Löffler (18:35 Uhr)

Wahlen der Ersatzdelegierten zum Länderrat (Frauenplätze)

Zur Wahl der Ersatzdelegierten-Frauenplätze liegen folgende Bewerbungen vor:

- Julia Eisentraut (KV Lippe) BLR-12
- Alexandra Geese (KV Bonn) BLR-15
- Katrin Lögering (KV Dortmund) BLR-20
- Janina Singh (KV Siegen-Wittgenstein) BLR-08
- Karin Schmitt-Promny (KV Aachen) ohne schriftliche Bewerbung
- Eileen Woestmann (KV Köln) ohne schriftliche Bewerbung

Es gibt keine weiteren Bewerbungen. Alle Kandidatinnen, die sich noch nicht vorgestellt haben, stellen sich in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens vor. Es liegen keine Fragen an die Kandidatinnen vor.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Ersatzdelegierten (Frauenplätze)** wird eröffnet *(18:56 Uhr)*. Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in verbundener Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 6 Stimmen (Name, alle Nein, alle Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen *(18:58 Uhr)*.

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl der Ersatzdelegierten Frauenplätze zum Länderrat** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**1135**		Prozent
Abstimmende	240		
Alle Nein	2		0,83
Alle Enthaltung	1		0,42
Quorum:	**121**		
Julia Eisentraut	195	gewählt	81,25
Alexandra Geese	185	gewählt	77,08
Katrin Lögering	181	gewählt	75,42
Janina Singh	211	gewählt	87,92
Karin Schmitt-Promny	175	gewählt	72,92
Eileen Woestmann	185	gewählt	77,08

Damit sind alle Kandidatinnen im ersten Wahlgang gewählt und nehmen die Wahl an.

Wahlen der Ersatzdelegierten zum Länderrat (offene Plätze)

Präsidium: Terry Reintke, Max Löffler (19:00 Uhr)

Zur Wahl der offenen Plätze liegen folgende Bewerbungen vor:

- Maik Babenhauserheide (KV Herford) ohne schriftliche Bewerbung

- Manuel Carrasco Molina (KV Düren) BLR-19
- Ben Hilgers (KV Köln) ohne schriftliche Bewerbung
- Max Lucks (KV Bochum) BLR-17
- Christian Schubert (KV Rhein-Erft) ohne schriftliche Bewerbung
- Jonathan Sieger (KV Köln) ohne schriftliche Bewerbung
- Patrick Voss (KV Dortmund) ohne schriftliche Bewerbung

Es gibt keine weiteren Bewerbungen. Die Kandidat*innen stellen sich in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens vor. Es gibt keine Fragen.

Der **Erste Wahlgang** zur **Wahl der Ersatzdelegierten (offene Plätze)** wird eröffnet *(19:23 Uhr)*. Gemäß Wahlordnung findet die Wahl geheim in verbundener Einzelwahl statt. Jede*r Delegierte hat 6 Stimmen (Name, alle Nein, alle Enthaltung). Der Wahlgang wird geschlossen *(19:25 Uhr)*.

Das Präsidium gibt das **Abstimmungsergebnis** des **Ersten Wahlgangs** zur **Wahl der Ersatzdelegierten (offene Plätze) zum Länderrat** bekannt:

Abgegebene Stimmen	**1133**		Prozent
Abstimmende	242		
Alle Nein	0		
Alle Enthaltung	4		1,65
Quorum:	**122**		
Maik Babenhauserheide	176	gewählt	72,73
Manuel Carrasco Molina	132		54,55
Ben Hilgers	136	gewählt	56,20
Max Lucks	199	gewählt	82,23
Christian Schubert	150	gewählt	61,98
Jonathan Sieger	180	gewählt	74,38
Patrick Voss	156	gewählt	64,46

Damit sind alle Kandidaten bis auf Manuel Carrasco Molina gewählt. Die gewählten Kandidaten nehmen die Wahl an.

TOP 6
Satzungen und Statute

Präsidium: Terry Reintke, Max Löffler 19:26 Uhr)

Es folgt die Einbringung des **Antrages S-01** (Landessatzung): *„Satzung Bündnis 90/Die Grünen NRW“ bzgl.* **§ 15 Satzungsbestandteile und -änderungen:**
Von Zeile 125 bis 128:

Streichung: ~~(3) Alle Organe des Landesverbandes und seiner Gliederungen tagen öffentlich. Sie können durch einfachen Beschluss die Öffentlichkeit und gegebenenfalls auch die Parteiöffentlichkeit ausschließen. Der Ausschluss der Parteiöffentlichkeit ist nur aus Gründen der Wahrung von Persönlichkeitsrechten möglich.~~

Und Ersetzung durch: (3) LDK und LPR tagen öffentlich. Sie können durch Beschluss die Öffentlichkeit ausschließen.

*Zum Verfahren: Die Satzung kann von der Landesdelegiertenkonferenz nur mit **Zweidrittelmehrheit** der gültigen Stimmen oder durch Urabstimmung mit der Mehrheit der gültigen Stimmen geändert werden. Änderungen der Satzung sind nur bei eingehaltenen Antragsfristen und nicht bei Versammlungen mit verkürzter Ladungsfrist möglich.*

Begründung: Raoul Roßbach
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Bei sehr wenigen Nein-Stimmen und Enthaltungen mit großer Zweidrittelmehrheit **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages S-02** (Landesvorstand): *„Satzung Bündnis 90/Die Grünen NRW" bzgl. Änderungen zur Wahl der Delegation in den Bundesfinanzrat.*

Begründung: Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft-Kreis)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Bei wenigen Enthaltungen und Nein-Stimmen mit großer Zweidrittelmehrheit **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages FO-01** (Landesvorstand): *„Anpassung der Finanzordnung"*
Begründung: Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft-Kreis)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Bei wenigen Enthaltungen mit großer Zweidrittelmehrheit **angenommen.**

TOP 8
Verschiedenes

Präsidium: Terry Reintke, Max Löffler (19:35 Uhr)

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-3** (LAG Gesundheit): *„Kindermedizin neu denken und stärker aufstellen!"*
Begründung: Philipp Mathmann KV Münster)

*Zu diesem Antrag liegen zwei Änderungsanträge **V3-008** (Philipp Mathmann, KV Münster) und **V3-036** (Philipp Mathmann, KV Münster)] vor, die in den Antrag übernommen wurden.*

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V3-008	Philipp Mathmann (KV Münster)	**In Zeile 8:** Politisches Handeln ~~sollte~~muss sich daher dahingehend engagieren, dass:	Übernahme
V3-036	Philipp Mathmann (KV	**Nach Zeile 36 einfügen:**	Übernahme

	Münster)	Lotsendienste als Angebot der Frühen Hilfe in Geburts- und Kinderkliniken bundesgesetzlich verankert und regelfinanziert werden, um Eltern mit Unterstützungsbedarf hinsichtlich einer gesunden Kindesentwicklung frühzeitig, systematisch und niedrigschwellig beraten zu können, die Vernetzung zwischen pädagogischen und medizinischen Institutionen zum Wohle der Kinder mit Entwicklungs- und Verhaltensauffälligen (z.B. im Hinblick auf U-Untersuchungen und Sprachstandserhebungen) verbessert wird, um gemeinsam angemessene Förderkonzepte und Unterstützungsangebote zu formulieren und umzusetzen sowie Doppeltestungen zu vermeiden,	

Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-8** (LAG-Gesundheit): *„Green Hospital Strategie – der ökonomische Weg zum nachhaltigen Krankenhaus“*
Begründung: Philipp Mathmann KV Münster)
Gegenrede: Katrin Lukowitz (KV Rhein-Kreis-Neuss)
Abstimmung: Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen **angenommen**

Es ist 19:50 Uhr. Raoul Roßbach bedankt sich bei den Delegierten, **schließt** für heute die **Versammlung** und **vertagt** sie auf morgen, Sonntag, den 25. Mai 2025 09:30 Uhr.

Sonntag, 25. Mai 2025, 09:30 Uhr

TOP 5
Haushalt und Finanzen

Präsidium: Anna di Bari, Simone Lux (09:45 Uhr)

Jahresabschluss 2024

Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft-Kreis, Landesschatzmeisterin) erläutert den *Jahresabschlussbericht Finanzen* für das Haushaltsjahr 2024 (siehe auch *H-01 Haushaltsbroschüre 2025*) und bittet die Partei um die Entlastung des Landesvorstands in allen finanziellen Angelegenheiten.

Es folgt der **Rechnungsprüfungsbericht** durch

- Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal)

Die Rechnungsprüfung empfiehlt der LDK die Entlastung des Landesvorstandes für das Haushaltsjahr 2024.

Es folgt die Abstimmung über die Entlastung des Landesvorstands für das Haushaltsjahr 2024

Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

Haushaltsplan 2025

Anja von Marenholtz (KV Rhein-Erft-Kreis, Landesschatzmeisterin) erläutert den *Haushaltsplan für das Jahr 2025* (siehe auch *H-01 Haushaltsbroschüre 2025*).

Es liegt weder Aussprachebedarf noch eine Gegenrede zum Haushaltsplan 2025 vor.

Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

TOP 7
Berichte

Präsidium: Anna di Bari, Simone Lux (10:00 Uhr)

Firat Yakşan (KV Köln) stellt der Versammlung das Arbeitsprogramm des Landesdiversitätsrates vor.

TOP 8
Verschiedenes

Zum Verfahren: Das Präsidium schlägt vor, die verbliebenen V-Anträge in 4 thematische Blöcke – Menschen schützen *(V-2, V-4)*, Menschenrechte /Asyl (V-12, V-13), Bildung und

Wissenschaft (V-6, V-7, V-11), Ökologie (V-5, V-9, V-10) – *zu behandeln. Dagegen gibt es keinen Widerspruch.*

Der **Antrag V-1** (LAG Christ*innen): *„Das Potenzial von Kirchengebäuden gesellschaftlich nutzen: kirchliche Räume gemeinschaftsfördernd entwickeln!" Der Antrag wurde von den Antragsteller*innen **zurückgezogen**, da die LAG Christ*innen das Thema zusammen mit der LAG Stadtentwicklung und dem Landesvorstand weiter bearbeitet.*

Block 1: Menschen schützen

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-2** (Julia Höller, (KV Bonn) u. a.):
„Katastrophenschutz in NRW stärken: Verpflichtende Ausbildung und Übung retten Leben"
Einbringung: Julia Höller (KV Bonn)

Zu diesem Antrag liegen die Änderungsanträge **V2-001** (Landesvorstand NRW) **V2-051** (Dennis Sonne, KV Coesfeld) vor, die von der Antragskommission zwischen den Antragsteller*innen folgendermaßen geeint wurden:

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V2-001	Landesvorstand NRW (dort beschlossen am: 07.05.2025)	**Neuer Titel:** Katastrophenschutz in NRW stärken: Verpflichtende Ausbildung und Übung für Einsatzkräfte und Entscheidungsträger*innen retten Leben	Übernahme
V2-051	Dennis Sonne (KV Coesfeld)	**Von Zeile 50 bis 51 einfügen:** muss der Fokus weiter auf den Menschen im Katastrophenschutz liegen. Sie sind es, die im Ernstfall den Unterschied machen. Die Vereinten Nationen haben in ihrer Untersuchung im Jahr 2023 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – insbesondere im Hinblick auf Artikel 11 – wiederholt das Fehlen einer übergreifenden, inklusiven und menschenrechtsbasierten Strategie für den Umgang mit Gefahrensituationen und humanitären Notlagen in Deutschland kritisiert. Diskussionen über inklusives Notfall- und Krisenmanagement sollten längst nicht mehr die Frage des „Ob?", sondern die des „Wie?" stellen. Im Sommer 2021 verstarben bei der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal 12 Menschen mit Behinderungen in einer Einrichtung der Lebenshilfe, weil sie nicht gerettet werden konnten. Der Umgang mit Menschen mit Behinderungen muss verpflichtender Bestandteil von Katastrophenschutzübungen, Aus- und Fortbildungen sein, um die Handlungssicherheit der Einsatzkräfte zu erhöhen und so dafür zu sorgen, dass bei zukünftigen Katastrophen **alle** Menschen, unabhängig von Behinderungen, gerettet	Übernahme

		werden können.	

Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-4** (KV Soest): *„Reanimations-Apps miteinander vernetzen - Rettet Menschenleben!“*
Einbringung: Oliver Smith (KV Soest)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

TOP 1
Gastreden / Aktuelle Politische Lage

Die Landesvorsitzenden Yazgülü Zeybek und Tim Achtermeyer begrüßen die Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn Katja Dörner (KV Bonn) zu ihrer Grußrede.

Die Delegierten danken Katja mit langanhaltendem Applaus und stehenden Ovationen.

TOP 8
Verschiedenes

Block 2: Menschenrechte

Zum Verfahren: Es wurden zum Antrag V-12 zwei Globalalternativen eingereicht. Die Globalalternative des Landesvorstands **V-12-001-37** (Landesvorstand NRW) *wurde vom Antragsteller akzeptiert und übernommen. Es wurden allerdings einige Punkte aus der zweiten Globalalternative aufrechterhalten. Zu diesen wurde zusammen mit den Antragsteller*innen ein konsensueller Verfahrensvorschlag erarbeitet.*

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-12-001-37** (Jonathan Sieger, KV Köln / Landesvorstand NRW): *„Menschenrechte sind unverhandelbar – Abschiebestopp nach Bulgarien muss überprüft werden“*
Begründung: Katja Poredda (KV Köln)

Anschließend bringt das Präsidium den Verfahrensvorschlags der Antragskommission ein.

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-12-001-37	Landesvorstand NRW (dort beschlossen am: 15.05.2025)	**Neuer Titel:** Menschenrechte sind unverhandelbar – Auch an der europäischen Außengrenze! Nach Berichten von Nichtregierungsorganisationen wie ProAsyl, Matteo Kirchen und Asyl e.V. und dem Kölner Spendenkonvoi e.V., gibt es in den Ländern, in die abgeschoben wird, teilweise eine dramatische humanitäre Lage von Geflüchteten, zum Beispiel in Bulgarien. Besonders besorgniserregend ist die Situation im Abschiebegefängnis Busmantsi, in dem	Übernahme

		aus Deutschland abgeschobene Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen über Wochen bis Monate interniert werden. Die jüngsten Berichte zeigen, dass Geflüchtete in Bulgarien systematisch Misshandlungen, unzureichender Versorgung und menschenunwürdigen Haftbedingungen ausgesetzt sind. Zudem werden aus Deutschland abgeschobene Geflüchtete in Bulgarien vor die Wahl gestellt, 18 Monate in einem Abschiebegefängnis inhaftiert zu werden oder die freiwillige Rückkehr in ihr Heimatland anzutreten. Diese Lage ist nicht hinnehmbar. Menschenrechte sind universell, unteilbar und unverhandelbar und gelten auch an den Außengrenzen der Europäischen Union. Gerade bei der Aufnahme von Schutzsuchenden *müssen die Strukturen auf ein menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen,* sowie es im erst kürzlich beschlossenen Bundestagswahlprogramm steht. Daher ist eine Neubeurteilung der Situation durch die Bundesregierung dringend erforderlich, um eine menschenrechtskonforme Asylpolitik sicherzustellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW fordern die Bundesregierung auf, diese konkrete Situation aufzuklären, neu zu bewerten, in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Land die Abschiebungen zu beenden und - wenn nötig - die Abschiebeanordnungen in die jeweiligen Länder durch das BAMF auszusetzen. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert ein Menschenrechtsmonitoring für die Situation von Menschen, die abgeschoben werden, einzuführen, damit die Menschenrechtslage für Schutzsuchende strukturell realistisch überprüft werden kann. *Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den Außengrenzen*. Für dieses beschriebene Vorgehen bitten wir die NRW-Landesgruppe der GRÜNEN Bundestagsabgeordneten sich weiterhin einsetzen. Die Landesregierung soll auch ihre Möglichkeiten nutzen, sich für die Einhaltung von Menschenrechten in den Ländern selbst und die Neubeurteilung der Menschenrechtslage durch die Bundesregierung einzusetzen, bspw. über die Gremien und etwaigen Initiativen im Bundesrat. Zusätzlich fordern wir die Landesregierung auf, den individuellen Ermessenspielraums zu nutzen und eine Aussetzung von Abschiebungen in Länder, wo die Sicherheit, Unversehrtheit und Menschenwürde nicht ausreichend geschützt werden, wie beim Abschiebestopp von Jesid*innen, zu prüfen.	

Gegen diesen Vorschlag gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung V-12-001-37 (in der so geänderten Fassung)**:** Einstimmig **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-13** (Landesvorstand Grüne Jugend NRW): *„Im Sinne der Demokratie: Tragfähige Lösungen mit dem Mut zum eigenen Kompass!“*
Einbringung: Aslı Baskas (KV Bochum)

Zu diesem Antrag gibt es die Änderungsanträge V-13-107 (Anna di Bari, KV Bochum), V-13-125 (Sebastian Pewny, KV Bochum), V-13-133 (Gönül Özdemir, KV Düsseldorf).

Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke) stellt den Verfahrensvorschlag der Antragskommission zum Umgang mit den Änderungsanträgen vor.

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-13-107	Anna Katharina di Bari (KV Bochum)	**Von Zeile 107 bis 119:** ~~Der Freiheitsentzug dabei darf nicht zu einem gewöhnlichen Mittel von Rückführungen werden. Bereits jetzt verfügt das Land Nordrhein-Westfalen mit der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (Ufa) zum Vollzug von Abschiebehaft Büren über die bundesweit größte Einrichtung dieser Art, um Abschiebehaftlätze vorzuhalten. Klar ist: Die Notwendigkeit einer Vielzahl von Abschiebeplätzen ist kein Ausweis einer besonders starken und sicheren Politik. Denn grundsätzlich gilt, dass eine auf Abschreckung angelegte Migrationspolitik weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr Steuerung von Migrations- und Integrationsprozessen führt. Unser Ziel ist es, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Partei, Fraktion und Kabinett durch unsere Innen- und Migrationspolitik echte Sicherheit zu ermöglichen und populistischer, menschenverachtender Politik den Nährboden zu entziehen.~~ [Ab Z. 107 bis Ende des Antrags] Besonders die Rhetorik und Forderungen, die im Rahmen von Abschiebungen verwendet werden, sind symptomatisch für den politischen und gesellschaftlichen Rechtsdruck. Als GRÜNE NRW ist für uns klar, dass Abschiebungen eine große Härte für die Betroffenen sind und in jedem Fall gewährleistet werden muss, dass wenn Abschiebungen stattfinden, eine rechtsstaatliche, gerechte und humanitär	Modifizierte Übernahme **Zeile 107 bis 141:** ~~Der Freiheitsentzug dabei darf nicht zu einem gewöhnlichen Mittel von Rückführungen werden. Bereits jetzt verfügt das Land Nordrhein-Westfalen mit der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (Ufa) zum Vollzug von Abschiebehaft Büren über die bundesweit größte Einrichtung dieser Art, um Abschiebehaftlätze vorzuhalten. Klar ist: Die Notwendigkeit einer Vielzahl von Abschiebeplätzen ist kein Ausweis einer besonders starken und sicheren Politik. Denn grundsätzlich gilt, dass eine auf Abschreckung angelegte Migrationspolitik weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr Steuerung von Migrations- und Integrationsprozessen führt. Unser Ziel ist es, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Partei, Fraktion und Kabinett durch unsere Innen- und Migrationspolitik echte Sicherheit zu ermöglichen und populistischer, menschenverachtender Politik den Nährboden zu entziehen.~~ ~~Wir wollen die Notwendigkeit von vorzuhaltenden Abschiebehaftplätzen und die damit im Zusammenhang stehenden Ressourcen durch eine wirksame Innen- und Migrationspolitik so weit wie möglich reduzieren und verhindern, dass Menschen überhaupt in Abschiebehaft genommen werden müssen.~~ ~~**Variante 1:**~~ ~~*Das Ziel ist dementsprechend, die Kapazitätsauslastung der 175 Plätze in der Ufa in Büren so weit wie möglich zu verringern sowie die Notwendigkeit des Baus einer neuen Ufa mit 140 Plätzen in Mönchengladbach noch während der laufenden Planungsphase umzukehren und die Maßnahme zu verhindern.*~~ ~~**Variante 2:**~~ ~~*Wir werden daher die Notwendigkeit immer wieder evaluieren und aus sinkender Notwendigkeit auch Konsequenzen im Bereich des Vorhaltens von Abschiebeplätzen ziehen. Dies gilt auch mit Blick auf die geplante neue Ufa in Mönchengladbach.*~~

		verantwortungsvolle Abschiebepraxis gewährleistet werden muss. Abschiebungshaft stellt in diesem Fall das äußerste Mittel und einen schwerwiegenden Eingriff in den grundrechtlich geschützten Freiheitsbereich des Menschen dat. Die Entscheidung über Abschiebehaft treffen keine Ministerien: Sie wird von kommunalen Ausländerbehörden beantragt, wenn diese darlegen, dass aus ihrer Sicht von einer Person eine Fremdgefährdung ausgeht oder diese sich einer Abschiebung entziehen würde. Dieses Mittel ist rechtlich normiert, da es ein schwerwiegender Eingriff in die individuelle Freiheit der Person darstellt. Ob eine Abschiebehaft geboten oder verhältnismä0ig ist, entscheidet ein Gericht in einer Einzelfallentscheidung. Seit einiger Zeit sehen wir jedoch, dass Abschiebungshaft immer häufiger von Ausländerbehörden im Einzelfall beantragt wird, Gerichte nach Prüfung im Einzelfall diese auch anordnen und die Unterbringungseinrichtungen für ausreisepflichtige Geflüchtete zunehmend ausgelastet sind. Das hat zur Folge, dass es gegenwärtig so scheint, als müssten neue, zusätzliche Kapazitäten entstehen - nicht aus politischer Überzeugung, sondern um rechtlich bindende Gerichtsentscheidungen umsetzen zu können. Diese Entwicklung ist jedoch keinesfalls ein Zeichen eines gut funktionierenden Migrationssystems, sondern Ausdruck des Scheiterns vorheriger Prozesse und Perspektiven - etwa durch fehlende Möglichkeiten des Spurwechsels oder unzureichender Bleibeperspektiven über Ausbildung, Arbeit oder Studium. Wir müssen es als Gesellschaft schaffen, mehr	~~Die Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft zu stärken und in diesem Kontext den Katastrophen- und Zivilschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definieren – in enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen.~~ ~~Innenpolitik mit sozialer Gerechtigkeit stärker zusammenzudenken:Bußgelder und Ordnungswidrigkeiten dürfen nicht nur Menschen mit kleinem Einkommen besonders hart treffen. Deshalb fordern wir eine stärkere Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit in der Praxis von Ordnungsrecht und Justiz.~~ [Ab Z. 107 bis Ende des Antrags] Besonders die Rhetorik und Forderungen, die im Rahmen von Abschiebungen verwendet werden, sind symptomatisch für den politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck. Es ist falsch, Asyldebatten nur nach schrecklichen Einzelfällen auszurichten, statt auch nach den vielen gelungenen Integrationsgeschichten. Wir werden alle Instrumente, die wir haben, um für einen differenzierten und humanitäre Politik in der Asyldebatte zu arbeiten auf allen Ebenen von Bundestag, über Bundesrat bis zum Landtag und den kommunalen Gremien. Als GRÜNE NRW ist für uns klar, dass Abschiebungen eine große Härte für die Betroffenen sind. Abschiebungshaft stellt in diesem Fall das äußerste Mittel und einen schwerwiegenden Eingriff in den grundrechtlich geschützten Freiheitsbereich des Menschen dar. Die Entscheidung über Abschiebehaft treffen keine Ministerien: Sie wird von kommunalen Ausländerbehörden beantragt, wenn diese darlegen, dass aus ihrer Sicht von einer Person eine Fremdgefährdung ausgeht oder diese sich einer Abschiebung entziehen würde. Dieses Mittel ist rechtlich normiert, da es ein schwerwiegender Eingriff in die individuelle Freiheit der Person darstellt. Ob eine Abschiebehaft geboten oder verhältnismäßig ist, entscheidet ein Gericht in einer Einzelfallentscheidung. Seit einiger Zeit sehen wir jedoch, dass Abschiebungshaft immer häufiger schon vor dem Ausschöpfen aller milderen Mittel von Ausländerbehörden im Einzelfall

		Geflüchteten dazu Zugang zu ermöglichen und durch Prävention und Integration tragfähige Perspektiven zu ermöglichen. Diese Bemühungen müssen verstärkt werden, damit die geplante zweite Unterbringungseinrichtung für ausreisepflichtige Geflüchtete schlussendlich doch nicht benötigt wird. Um die Situation im Rahmen des Möglichen zu verbessern, fordern wir als Grüne NRW: Unser Ziel muss es sein, den Bedarf zu verringern: Die Notwendigkeit der geplanten zweiten Ufa in NRW werden wir immer wieder evaluieren und aus sinkender Notwendigkeit Konsequenzen im Bereich des Vorhaltens von Abschiebungshaftplätzen ziehen. Die konsequente Umsetzung aller Angebote, die im Ausführungsgesetz für die Abschiebungshaft vorgesehen sind: Möglicher Entfall von Angeboten aufgrund von fehlenden finanziellen Ressourcen darf es bei Freizeit- und Beratungsangeboten in Einrichtungen nicht geben Eine Evaluierung des Aufenthaltsgesetzes, in dem der Personenkreis sowie die Rahmenbedingungen für die Abschiebungshaft geregelt sind. Wir setzen uns für die stärkere Nutzung von alternativen statt freiheitsentziehenden Maßnahmen ein Die Evaluation von im Rückführungsverbesserungsgesetz vereinbarten Verschärfungen, etwa die Höchstdauer der Inhaftnahme von 10 auf 28 Tage Unser Ziel muss es sein, diesen Bedarf zu verringern - durch bessere Perspektiven und Integration. Wenn ein Staat weniger Infrastruktur für die Umsetzung restriktiver Gerichtsentscheidungen bereitstellen muss, profitieren alle. Denn während politische Mitbewerber für neue Abschiebeeinrichtungen erhebliche Mittel bereitstellen möchten, muss	beantragt wird, Gerichte nach Prüfung im Einzelfall diese auch anordnen und die Unterbringungseinrichtungen für ausreisepflichtige Geflüchtete zunehmend ausgelastet sind. Das hat zur Folge, dass gegenwärtig der Eindruck entsteht, als müsste das Land zur Erfüllung seiner Aufgaben zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung stellen. Diese Entwicklung ist jedoch keinesfalls ein Zeichen eines gut funktionierenden Migrationssystems, sondern Ausdruck des Scheiterns vorheriger Prozesse und Perspektiven - etwa durch fehlende Möglichkeiten des Spurwechsels oder unzureichender Bleibeperspektiven über Ausbildung, Arbeit oder Studium. Wir müssen es als Gesellschaft schaffen, mehr Geflüchteten dazu Zugang zu ermöglichen und durch Prävention und Integration tragfähige Perspektiven zu ermöglichen. Abschiebehaft ist für uns GRÜNE nie politisches Ziel sondern Verpflichtung innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Um die Situation im Rahmen des Möglichen zu verbessern, fordern wir als Grüne NRW: ● Wir priorisieren vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation in der kommenden und den zukünftigen Haushaltsberatungen die Sicherstellung und Ausweitung der Ausgaben des Landes NRW für Bildung, Sicherheit und eine gelingende Integration im Sinne dieses Antrags über Abschiebemaßnahmen. ● Unser Ziel ist es entsprechend, den Bedarf an Abschiebehaftplätzen insgesamt zu verringern, so dass in ständiger Evaluation deutlich wird, dass eine zweite UfA nicht nur o.g. Zielen entgegensteht, sondern darüber hinaus auch nicht mehr nötig ist. ● Die konsequente Umsetzung aller Angebote, die im Ausführungsgesetz für die Abschiebungshaft vorgesehen sind: Möglicher Entfall von Angeboten aufgrund von fehlenden finanziellen Ressourcen darf es bei Freizeit und Beratungsangeboten in Einrichtungen nicht geben ● Eine Evaluierung des Aufenthaltsgesetzes, in dem der Personenkreis sowie die Rahmenbedingungen für die

		von progressiven Akteuren bei Prävention, Integrationsarbeit und unabhängiger Rechtsberatung oft um jeden Euro gerungen werden. Wir fordern eine ausgewogenere Prioritätensetzung, die menschenrechtliche und gesellschaftspolitische Ziele in den Mittelpunkt stellt. Es darf nicht sein, dass restriktive Maßnahmen gegenüber Präventions- und Integrationsangeboten vorgezogen werden. Wir fordern die Landtagsfraktion und Landesregierung daher auf, diesen Einsatz entschlossen und tatkräftig fortzuführen - damit der Bedarf an diesen Plätzen sinkt und die zweite Unterbringungseinrichtung für Geflüchtete schlussendlich nicht benötigt wird.	Abschiebungshaft geregelt sind. Wir setzen uns für die stärkere Nutzung von alternativen statt freiheitsentziehenden Maßnahmen ein ● für die Rücknahme der beschlossenen Höchstdauer der Inhaftnahme zurück von 28 auf 10 Tage. Wir stehen zu unseren Absprachen mit dem Koalitionspartner: Sowohl zu dem, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, als auch zu den getroffenen Beschlüssen im Kabinett. Freiheitsentziehende Maßnahmen müssen immer dem Gebot der Verhältnismäßigkeit folgen. Daher müssen andere Mittel Vorrang haben. Wir priorisieren vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation in der kommenden und den zukünftigen Haushaltsberatungen die Sicherstellung und Ausweitung der Ausgaben des Landes NRW für Bildung, Sicherheit und eine gelingende Integration. Es bleibt unser Ziel, Maßnahmen zu stärken, die eine Haft oder Ingewahrsamnahme vermeiden. Durch die Stärkung alternativer Maßnahmen soll der Bedarf an freiheitsentziehenden Maßnahmen so gesenkt werden, dass die Auslastung sinkt und der Bedarf für die Inbetriebnahme weiterer Infrastruktur nicht gegeben ist.
V-13-133	Gönül Özdemir (KV Düsseldorf)	**Nach Zeile 133 einfügen:** Variante 3: Wir priorisieren vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation in der kommenden und den zukünftigen Haushaltsberatungen die Sicherstellung und Ausweitung der Ausgaben des Landes NRW für Bildung, Sicherheit und eine gelingende Integration im Sinne dieses Antrags über Abschiebemaßnahmen. Der Bau einer viele Millionen teuren Ufa in NRW ist somit ausgeschlossen.	Erledigt durch: V-13-107

Gegenrede: Keine
Abstimmung: Bei einzelnen Gegenstimmen und Enthaltungen **angenommen**

Block 3: Bildung und Wissenschaft

Präsidium: Anna di Bari, Simone Lux (10:35 Uhr)

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-6** (Jonas Wysny, KV Düsseldorf): *„Investitionen in Bildung sind unser Wachstum von morgen“*
*Zu diesem Antrag liegen die Änderungsanträge **V6-008** (Anja Beiers, KV Warendorf), **V6-036** (Didem Ozan, KV Münster) und **V6-036** (Andrea Piro, KV Rhein-Sieg) vor, die mit den Antragsteller*innen folgendermaßen geeint wurden:*

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V6-079	Anja Beiers (KV Warendorf)	**Von Zeile 78 bis 80 einfügen:** Kinder. Wir leben in einer Zeit, die für viele Kinder- und Jugendliche krisenbehaftet ist. Diesen Umstand müssen wir ernstnehmen und begegnen. Gerade deshalb ist Demokratiebildung als Ziel von Schule und Kita essentiell und muss mitgedacht werden. Demokratiebildung ist kein Projekt, sondern die Basis für ein solidarisches Miteinander. Wir brauchen starke und resiliente Kinder- und Jugendliche für unsere Zukunft. Und	Übernahme
V6-116	Didem Ozan (KV Münster)	**Von Zeile 115 bis 117 einfügen:** Außerdem müssen wir Schulen endlich als das begreifen, was sie auch sind: Mittelständische Unternehmen mit Gemeinwohl-Auftrag. An Gesamtschulen in NRW ist eine Personalzahl von mehr als 100 Mitarbeitenden nicht unüblich. Ein Unternehmen dieser Größe, das	Übernahme
V6-287	Andrea Piro (KV Rhein-Sieg)	**Nach Zeile 287 einfügen:** Eine verlässliche Finanzierung von Inklusion an Schulen – insbesondere durch die aus Bundesmitteln zu finanzierende Bereitstellung von Schul- und Inklusionsbegleiter*innen. Gründe für gute Bildung gibt es genug und mit einer starken und durchdachten Finanzierung investieren wir nicht nur in Kinder und Jugendliche, sondern in unsere Gesellschaft als Ganzes. Wir investieren in Bildung, Wachstum und unsere Demokratie. Nur durch eine Bildung, die Kinder und Jugendliche in ihren Kompetenzen zur aktiven und reflektierten Mitgestaltung stärkt, stärken wir langfristig auch die Grundpfeiler der Demokratie.	Modifizierte Übernahme **Von Zeile 93 bis 95 einfügen:** Um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, Integration und Inklusion zu leben, brauchen wir eine verlässliche Finanzierung von Inklusion an Schulen und multiprofessionelle Teams in unseren Bildungseinrichtungen. Es braucht Erwachsene, die sich Zeit nehmen können für Kinder und Jugendliche und

Einbringung: Lola Buschhoff (KV Düsseldorf)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-7** (KV Warendorf): „Mehr Flexibilität für den Ganztag im Primarbereich“
Einbringung: Anja Beiers (KV Warendorf)
Gegenrede: Karin Schmitt-Promny (KV Aachen)

Es liegt ein **GO-Antrag** zu diesem Antrag vor:

GO-Antrag: Oona Grünebaum (KV Rhein-Sieg): auf 2/2 zusätzliche Redebeiträge, um den Antrag V-7 ausführlicher diskutieren zu können.
Abstimmung: mit eindeutiger 2/3 Mehrheit **angenommen**

Pro-Rede: Anne Birkelbach (KV Paderborn)
Contra-Rede: Reiner Daams (KV Solingen)
Pro-Rede: Birgitt Höhn (KV-Lippe)
Contra-Rede: Lena Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach)

GO-Antrag: Verfahrensvorschlag Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen) zum Verfahren: Überweisung an die zuständigen LAGen und die Landtagsfraktion
Abstimmung: bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen **angenommen**

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-11** (LAG-Hochschulpolitik): *„Demokratie stärken durch Wissenschaftsfreiheit“*.

Zu diesem Antrag liegt ein Änderungsantrag **V11-048** des KV Düsseldorf vor, der mit den Antragsteller*innen folgendermaßen geeint wurde.

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V-11-048	Kreisverband Düsseldorf (dort beschlossen am: 11.05.2025)	**Von Zeile 47 bis 48 einfügen:** Repression, von Diskriminierung und Machtmissbrauch forschen und lehren können. In diesem Zuge braucht es auch eine sichere Finanzierung von Forschung und Lehre. Wir nehmen den Bund zur Sicherung der Finanzierung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln in die Verantwortung. Kürzungen bei Universitäten und anderen Forschungs- und Bildungseinheiten lehnen wir entschieden ab	Modifizierte Übernahme **Von Zeile 47 bis 48:** Repression, von Diskriminierung und Machtmissbrauch forschen und lehren können. In diesem Zuge braucht es auch eine ~~sichere~~ langfristig gesicherte und auskömmliche Finanzierung von Forschung und Lehre. Wir nehmen den Bund zur Sicherung der Finanzierung mit Nachdruck in die Verantwortung. Wir setzen uns entschieden dafür ein, nötige Kürzungen bei Universitäten, Hochschulen und anderen Forschungs- und Bildungseinrichtungen weitgehend zu vermeiden.

Einbringung: Sabrina Grübener, KV Heinsberg
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

Block 4: Ökologie

Die Antragskommission empfiehlt, den **Antrag V-5** (LAG Ernährung und Verbraucher*innenschutz): *„Ernährung im Wandel“* in Abstimmung mit den

Antragsteller*innen den Antrag zur weiteren Beratung an die Landtagsfraktion zu überweisen.
Abstimmung: Angenommen

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-9** (Volkhard Wille, KV Kleve): *„Zukunftsfähigkeit beginnt mit dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.“*

Das Präsidium gibt dazu den folgenden Verfahrensvorschlag der Antragskommission bekannt:

Antrag Nr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
V9-042	Henry Tünte (KV Borken)	**Von Zeile 42 bis 43 einfügen:** Regelungen zur Konfliktbewältigung zwischen Naturschutzinteressen und wirtschaftlichen Aktivitäten. Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) und die Nationale Wasserstrategie, die im Ministerium von Steffie Lemke entwickelt wurden, haben erfreulicherweise Eingang in die Koalitionsvereinbarung gefunden. Sie sind wichtige Instrumente zur Bewältigung von Zielkonflikten Gewässerbereich.	Modifizierte Übernahme **Von Zeile 42 bis 43 einfügen:** Regelungen zur Konfliktbewältigung zwischen Naturschutzinteressen und wirtschaftlichen Aktivitäten. Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) und die Nationale Wasserstrategie, die im Ministerium von Steffie Lemke entwickelt wurden, haben erfreulicherweise Eingang in die Koalitionsvereinbarung gefunden. Sie sind wichtige Instrumente zur Bewältigung von Zielkonflikten im Gewässerbereich.
V9-167	Kreisverband Düsseldorf (dort beschlossen am: 11.05.2025)	**Von Zeile 166 bis 167 einfügen:** 7. Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft durch Bürger*innen- und Beteiligungsrechte im Sinne der Aarhus-Konvention Wir Grünen NRW werden alle Demokratischen Möglichkeiten, vor allem auch im Bundesrat nutzen, um die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarten, rückwärtsgewandten Vorhaben im Bereich des Umwelt-, des Klima- und Naturschutz sowie des Artenschutz und der Landwirtschaft zu verhindern.	Übernahme

Einbringung: Volkhard Wille (KV Krefeld)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig angenommen

Es folgt die Einbringung des **Antrages V-10** (Norwich Rüße, KV Steinfurt): *„Für Artenvielfalt Klima und Umwelt: Ökolandbau in Nordrhein-Westfalen voranbringen!“*
Einbringung: Norwich Rüße (KV Steinfurt)
Gegenrede: Keine
Abstimmung: Einstimmig **angenommen**

Es ist 11:30 Uhr.

Damit sind alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet und die LDK teilt sich in die unterschiedlichen Teilversammlungen (LVR/LWL/Regionalräte) auf.

Düsseldorf, den 25. Mai 2025

Für die Richtigkeit:

Raoul Roßbach
(Politischer Landesgeschäftsführer)

Wolfgang Zumdick
(Protokoll)

Milena Suchier
(Protokoll)